



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/231 - 10. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Wir und Polen
Von Franz Barsig

58

3 - 4

Konzentration im schwedischen Zeitungswesen
Von unserem skandinavischen Korrespondenten

72

5 - 6

Fauziaken an der Saar
Schatten des 23. Oktober 1955

64

7

Die Studenten und Strauß
Deutsche Professoren verdienen Dank

48

* * * * *
* * *

Wir und Polen

Von Franz Barsig

In der letzten Zeit sind in der polnischen Presse eine Reihe von Berichten erschienen, in denen zu lesen ist, daß die Sozialdemokratische Partei nicht mehr bereit sei, eine aktive Ostpolitik zu betreiben, es wird von ihr gesagt, sie sei in der Ostpolitik auf den Kurs Adenauers eingeschwenkt, ja, sie lasse in ihrer gegenwärtigen Politik sogar revanchistische Töne anklingen.

Man sollte alle diese Meldungen nicht einfach mit einer leichten Handbewegung abtun, sondern sich vielmehr offen und ehrlich bemühen, die Mißverständnisse auszuräumen.

Einer der Hauptkritikpunkte in der polnischen Presse ist die Rede, die der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer auf der Tagung der Seliger-Gemeinde in Rotenburg gehalten hat. Wer sich der Mühe unterzieht, diese Rede einmal genau nachzulesen, der kann allerdings die polnischen Kommentare nur mit Erstaunen registrieren. Erich Ollenhauer hat in dieser Rede nämlich nichts anderes gesagt, als was schon seit Jahren zum festen Bestandteil sozialdemokratischer Politik gehört. Die SPD hat die Oder-Neiße-Linie niemals anerkannt, sie hat immer gesagt, daß sie das Heimatrecht bejaht, aber sie hat sich ebenso eindrucksvoll zu einer Politik der Gewaltlosigkeit in Grenzfragen bekannt und immer den Standpunkt vertreten, daß Grenzen erst im Friedensvertrag endgültig ausgehandelt werden können.

Was also ist in der Rede von Erich Ollenhauer so bestürzend Neues? Alles das hätte man in früheren Dokumenten bereits finden können.

Es wird weiter gesagt, daß die SPD die Gedankengänge des Rapacki-Planes nicht mehr bejate oder gar abgeschrieben habe. Genau das Gegenteil ist richtig. Die SPD ist nach wie vor für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und sie bejaht nach wie vor die Grundge-

danken des Planes des polnischen Außenministers. Aber man sollte in Polen vielleicht nicht übersehen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in der Bundesrepublik in der Opposition und nicht in der Regierung befindet und daß sie auf Grund dieser Kräftekonstellation leider nicht die Möglichkeit hat, das politische Bild grundlegend zu verändern. Man sieht in Kreisen der SPD der Reise des polnischen Außenministers nach Norwegen mit großem Interesse entgegen und hofft, daß diese Reise neue Ansatzpunkte bietet, um den Gedanken der atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wieder stärker in die öffentliche Diskussion und das diplomatische Gespräch zu bringen.

Bleibt als dritter Komplex die Frage der diplomatischen Beziehungen zu Polen. Noch vor wenigen Tagen hat der Oppositionsführer in Berlin, ebenso wie der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner, den Standpunkt der SPD präzisiert und betont, daß die SPD an einer völligen Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit Ostblockstaaten festhalte und Handelsmissionen nicht als einen vollwertigen Ersatz betrachtet. Man muß nur überlegen, ob es sinnvoll ist, das Thema im gegenwärtigen Moment so zu forcieren, daß man dann tatsächlich von der Regierungsseite das letztgültige Nein erhält, an dem vielleicht auf Jahre nichts mehr zu ändern ist. Vielleicht ist es sogar gut, wenn man im gegenwärtigen Moment das Nein nicht provoziert, denn vielleicht ist in zwei oder drei Monaten die Situation in dieser Hinsicht eine günstigere.

Das alles sollte man nüchtern überlegen. Man sollte auf beiden Seiten keine Mißverständnisse entstehen lassen, denn damit ist niemandem gedient. Die SPD wünscht ein normales Verhältnis zum polnischen Volk und zur polnischen Regierung. Daran mitzuwirken ist auch Aufgabe derjenigen, die weitgehend die öffentliche Meinung in diesem Land zum Guten oder Schlechten beeinflussen können.

+ + +

Konzentration im schwedischen Zeitungswesen

R.H. Stockholm

Vor wenigen Tagen verlautbarte die Verwaltung der liberalen Tageszeitung "Morgenbladet", daß diese ihr Erscheinen als Tageszeitung einstellt und voraussichtlich in ein Wochenblatt umgewandelt wird. Für einen Teil des Personals ergeben sich ernste Existenzsorgen. Für den Vorsitzenden der liberalen Volkspartei, Prof. Bertil Ohlin, bricht eine große Hoffnung zusammen. Als Torsten Kreuger im Oktober 1956 die bis dahin liberale "Stockholms-Tidningen" an LO, den schwedischen Gewerkschaftsbund verkaufte, hatte Ohlin sich bemüht, das "Morgenbladet", das bis dahin freikirchliche Interessen vertreten hatte, zu einer großen liberalen Reichszeitung und seinem politischen Sprachrohr umzugestalten. Der Redaktionsstab wurde damals stark erweitert, eine riesige Werbeaktion lief an. Das Experiment hat viele Millionen Kronen gekostet. Der Erfolg ist ausgeblieben. Nun werden "Dagens Nyheter" und die sehr sensationsbetonte Abendzeitung "Expressen" die einzigen liberalen Tageszeitungen mit Verbreitung im ganzen Lande sein. Ein verhältnismäßig großes Verbreitungsgebiet hat ferner die liberale "Göteborgs Handels- und Sjöfartstidning".

Nun hatte die seinerzeitige "Stockholms-Tidningen"-Aktion auch ihre Auswirkungen in der Arbeiterpresse. Es ist beschlossen worden, in nächster Zeit die Tageszeitung "Morgen-Tidningen", das bisherige Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei einzustellen. Ihren Abonnenten wird nahegelegt werden, künftig die dem Gewerkschaftsbunde gehörige Tageszeitung "Stockholms-Tidningen" zu abonnieren. Das Personal der "Morgen-Tidningen" wird zum Teil die Arbeitskapazität der "Stockholms-Tidningen" vergrößern; ein Teil wird vom sozialdemokratischen Pressedienst und von sozialdemokratischen Provinzblättern übernommen; Die Druckerei wird ihre sonstige Tätigkeit fortsetzen.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Ministerpräsident Tage Erlander, bezeichnete die Einstellung der Zeitung als einen schweren Verlust nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern für das ganze schwedische Pressewesen. Auflegemäßig sei die "Morgen-Tidningen", wie Erlander sagte, nie eine große Zeitung gewesen, aber sie habe stets eine bedeutende Rolle gespielt, wenn es galt, den Weg zu

weisen und Meinung zu bilden. Sie war eine der wenigen Zeitungen, welche nicht nur berichtet, sondern mitgewirkt haben, die Geschichte ihrer Zeit zu schreiben.

1960 hätte die "Morgon-Tidningen" ihren 75-jährigen Bestand feiern können. Als sie am 23. September 1885 von dem Vorkämpfer der schwedischen Arbeiterbewegung August Palm und dem damals 22-jährigen Studenten Axel Danielsson gegründet wurde, war Schweden ein "unterentwickeltes" Land; seine Industrie machte die ersten Gebversuche und das Leben der Ländarbeiter unterschied sich nur wenig von Zustände der Leibeigenschaft. Es waren die großen Pioniere der sozialistischen Ideenwelt in Schweden, die damals den "Social-Demokraten" - der später in "Morgon-Tidningen" umbenannt wurde - zu einem der wichtigsten Kampfinstrumente der Arbeiterbewegung machten: Hjalmar Branting, Schwedens erster sozialdemokratischer Ministerpräsident, war von 1886 bis 1917 ihr Chefredakteur; von 1917 bis 1920 folgte ihm in der Redaktion Per Albin Hansson, der auch als Regierungschef Brantings Nachfolger wurde; nach ihm lag die Leitung des "Social-Demokraten" in den Händen Gustav Möllers, der als Sozialminister die Umwandlung Schwedens in einen der modernsten Sozialstaaten der Welt gesteuert hat. Nach ihm kamen Z. Höglund, der spätere Finanzreferent der Stadt Stockholm, ferner der aus der internationalen Jugendbewegung bekannte Rickard Lindström, der gegenwärtige Landeshauptmann von Dalarna Gösta Elfvig und schließlich Karl Fredriksson, der als "Nordens Karlsson" wunderbare Leitartikel in Glossenform schreibt. - Seit Brantings ersten sozialdemokratischen Kabinetten galt der "Social-Demokraten" resp. die "Morgon-Tidningen" als ein Sprachrohr der sozialdemokratischen Regierungen.

"Stockholms-Tidningen" wird, wenn es das Erbe der "Morgon-Tidningen" antritt, wohl einen Teil ihrer aus der liberalen Ära verbliebenen, politisch uninteressierten Leser einbüßen. Der gemeinsame Abonnentenstamm von "Stockholm-Tidningen" und "Morgon-Tidningen" wird aber zweifellos eine bessere ökonomische Unterlage bieten und die ständigen Zuschüsse aus den Pressefondern der Gewerkschaften und der Partei auf ein Minimum reduzieren. Außerdem wird die schwedische Arbeiterbewegung wie bisher über eine Reihe großer und bedeutungsvoller Provinzzeitungen verfügen, wie z.B. "Arbetet" in Malmö und "Ny Tid" in Göteborg.

Mit der Rückbildung des "Morgonbladet" zu einem Wochenblatt freikirchlicher Prägung und mit dem Aufgehen der "Morgon-Tidningen" in die "Stockholms-Tidningen" wird der größte Konzentrationsprozeß in der schwedischen Zeitungsgeschichte seinen Abschluß finden.

Tauziehen an der Saar

F.R. - Saarbrücken

Im jüngsten Land der Bundesrepublik, dem Saarland, kündigen sich einige innerpolitische Veränderungen an. Über der bisherigen innerpolitischen Situation liegt noch der Schatten der Volksentscheidung vom 23. Oktober 1955, bei der die Bevölkerung in Nein- und Ja-Sager zum deutsch-französischen Saarstatut auseinandergefallen war. Über zwei Drittel der Wahlberechtigten hatten damals das von Bundeskanzler Adenauer ausgehandelte Saarstatut, das die "Europäisierung" des Landes vorsah, abgelehnt und sich mit den Parteien des Deutschen Heimatbundes für die Eingliederung in die Bundesrepublik entschieden. Diese Gruppierung war auch nach den Landtagswahlen vom 18. Dezember 1955 entscheidend für die innerpolitische Entwicklung.

Unter Führung des damaligen CDU-Vorsitzenden Dr. Ney wurde eine Dreierkoalition zwischen CDU, FDP (DPS) und SPD gebildet, die bis zur Entscheidung des Saarländischen Landtages über den Beitritt zur Bundesrepublik am 13. Dezember 1956 bestand. Damals schieden die DPS-Minister, die sich weigerten, dem Beitritt zuzustimmen, aus der Regierung aus, und im Sommer 1957 trat die gesamte Regierung Dr. Ney zurück. Seit dieser Zeit sind zwischen der CDU und der CVP des früheren Ministerpräsidenten Hoffmann die Bestrebungen zur Herbeiführung der sogenannten "Christlichen Einheit" verstärkt in Gang gekommen. Die Sozialdemokraten hatten ihren Zusammenschluß mit der früheren SPS bereits im März 1956 reibungslos vollzogen, während man im "Christlichen Lager" noch heute um eine entsprechende Einigung verhandelt.

Schon 1957 wollte die CDU, die mit der CVP die absolute Mehrheit im Landtag besitzt, eine gemeinsame Regierung bilden. Das scheiterte an der Haltung des Herrn Dr. Ney und seines Fraktionskollegen Dr. Albrecht, so daß unter dem jetzigen Ministerpräsidenten und neuen CDU-Vorsitzenden Reinert die alte Dreierkoalition mit einigen personellen Veränderungen wieder erstand. Die CVP blieb in der Opposition, obwohl die CDU mit fünf von acht Sitzen im Ministerrat bereits heute ihren Teil an der politischen Macht inne hat.

Unter dem Druck der CDU-Bundesleitung will man nun offenbar in absehbarer Zeit die CVP mit in die Regierung aufnehmen und den organi-

satorischen Zusammenschluß der beiden C-Parteien vollziehen. Der Ministerpräsident möchte am liebsten angesichts der Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Eingliederung ein Allparteien-Kabinett bilden. Dazu liegt die grundsätzliche Bereitschaft der anderen Parteien zwar vor, aber offenbar gibt es in der CDU erhebliche Schwierigkeiten, um einen Platz für einen CVP-Mann in der Regierung freizumachen. Von den fünf CDU-Ministern müßte einer ausscheiden, und dazu war bisher niemand bereit.

Deshalb ereignete sich in der vergangenen Woche einiges, was den Vorzug der Einmaligkeit in deutschen Ländern haben dürfte. CDU-Vorstand und Fraktion beschlossen, der CVP das Justizministerium anzubieten, in dem der ehemalige CDU-Chef und Ministerpräsident Dr. Ney als Justizminister sitzt. Dr. Ney wußte von diesem Vorschlag nichts und erklärte Anfang dieser Woche vor der Presse, er habe von dem Beschluß, mit dem man ihm seinen Stuhl wegziehen will, zum ersten Mal aus den Zeitungen erfahren. Er sei auch nicht bereit, zurückzutreten. Wenn man ihn weg haben wolle, solle man ihm das Vertrauen im Parlament entziehen lassen und den Rücktritt der Gesamtregierung erklären.

Beides will die CDU nicht und deshalb ist sie in erheblicher Verlegenheit. Obwohl Dr. Ney offenbar innerhalb der Partei ziemlich isoliert ist, kann man ihm nicht offen der Regierungsbeteiligung der zum Landesverband der CDU gewordenen CVP des Herrn Hoffmann opfern. Er hatte immerhin den Mut, gegen den höchsten Parteichef Adenauer das Nein zum Statut zu vertreten und hat damit entscheidend zur Rückkehr der Saar in die Bundesrepublik beigetragen. Er wird außerdem von der DPS Dr. Schneiders stark gestützt und hat im Lande eine Anzahl von Freunden.

Ministerpräsident Reinert wird also noch einige Sorgen haben, bis er mit einem neuen und von allen zu akzeptierenden Vorschlag vor den Anfang November wieder zusammentretenden Landtag treten kann. Bei seiner geringen Freude an schnellen Entschlüssen dürfte das innerpolitische Tauziehen an der Saar noch einige Monate andauern.

Die Studenten und Strauß

ler - Die deutschen Professoren, die sich in dem von Verteidigungsminister willkürlich entflammten Streit mit den Studenten schützend vor die Studenten gestellt haben, verdienen den Dank aller, denen die Sorge um die Zukunft unseres Volkes auf den Nägeln brennt. Was war geschehen? Bundesverteidigungsminister Strauß hatte, ohne die Studentenverbände und die Rektorenkonferenz zu befragen, angekündigt, daß die Bevorzugung der Studenten bei der Ableistung des Wehrdienstes aufhören müsse. Sie sei nicht mehr zu verantworten. Die Studenten sollten sich nach dem Abitur und vor dem Studium freiwillig zum Wehrdienst melden, oder aber das Risiko eingehen, während des Studiums einberufen zu werden. Diese angedrohte wohl einschneidendste Veränderung einer bisher gültigen Praxis rief die Studenten und die Vertreter der Rektorenkonferenz auf den Plan. Wohl ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen, aber zumindest ist nun erreicht worden, daß Strauß die Durchführung seiner Absicht nun zurückstellen muß. Die Verhandlungen zwischen dem Bundesverteidigungsministerium, den deutschen Rektoren und den Studentenverbänden gehen weiter und die deutsche Öffentlichkeit hat allen Anlaß, Professoren und Studenten hierbei zu unterstützen.

Der Bundesverteidigungsminister Strauß wird es anscheinend nie begreifen: Die Entscheidungen über die zukünftige Behauptung unseres Volkes in einer rasch sich verändernden Welt, in der bisher unterentwickelte Völker mit Macht und Schnelligkeit danach drängen, selbst Industriestaaten zu werden, fallen nicht in Kasernen, sie fallen in den Hörsälen. Die NATO-Verbündeten des Herrn Strauß haben dies schon frühzeitig erkannt. In fast allen NATO-Ländern wird den Studenten die Ableistung des Wehrdienstes freigestellt, weil man von der durchaus richtigen Erkenntnis ausgeht, daß einer Armee mit bildungsmäßig geprägten Menschen mehr gedient ist als einer Hochschule mit militärisch geprägten Studenten. Die Bundesrepublik steht in der Förderung begabter junger Menschen, im Vergleich zu anderen Ländern, ohnehin an den untersten Sprossen der Leiter. Weil hier auf diesem Gebiete so viel versäumt wurde, laufen wir Gefahr, im Wettlauf mit anderen Industrie-Nationen noch mehr an Boden zu verlieren. Von einem Strauß kann man freilich die Kenntnis solcher Zusammenhänge nicht erwarten, er betrachtet die großen Auseinandersetzungen unserer Zeit ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten, für ihn sind rasch ausgebildete Offiziere wichtiger als gut ausgebildete Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler. Im Atomzeitalter bestimmt jedoch das Gesicht von morgen nicht der Soldat, sondern der wissenschaftlich geschulte Nachwuchs.

Studenten und Rektoren haben mit ihrer mutigen Haltung mehr Verantwortung an den Tag gelegt, als der für die Sicherheit der Bundesrepublik verantwortliche Verteidigungsminister. Eine Politik, die nicht einsieht, daß jede Fähigkeit und Begabung in ihrer Entfaltung nicht behindert werden darf, muß zu verhängnisvollen Konsequenzen führen. In der freien und ungehinderten Entfaltung aller Begabungen liegt ein Kapital, auf das keine Regierung verzichten sollte. Ginge es nach Bundesverteidigungsminister Strauß, würde es wohl dazu noch kommen, daß auch Wissenschaft und Universitäten ihm unterstellt werden.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler